

Ansprache des Präsidenten der PKHB Karl Heinz Schrömgens auf dem Neujahrsempfang am 14.01.2009

Sehr geehrte Frau Senatorin, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

lassen Sie mich beginnen, indem ich mich – trotz der schwierigen Wirtschaftsdaten - zufrieden äußere. Vor einem Jahr hatte ich die Erwartung ausgesprochen, dass im Rahmen der Vergütungsreform 2008 die sozialgesetzliche Vorgabe eines angemessenen Honorars für Psychotherapeuten rechtskonform umgesetzt wird. Mit einer jetzt bundesweit einheitlichen Vergütung für die jeweilige psychotherapeutische Leistung und einem Honorarzuwachs hier in Bremen von 5,6 Prozent haben die Verhandlungen im erweiterten Bewertungsausschuss dank der klugen Vermittlung von Prof. Wasem zu guten Ergebnissen geführt. Nichtsdestotrotz trägt die Gruppe der ärztlichen, psychologischen und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutinnen und –psychotherapeuten nach wie vor die Einkommenslaternen im Vergleich zu anderen Arztgruppen.

Zu den allgemeinen Entwicklungen im Gesundheitswesen wurde schon Einiges gesagt, deshalb will ich mich auf Aspekte der Versorgung psychisch kranker Menschen beschränken. „Mehr als jede zehnte Bremerin leidet an Depression“, so eine Schlagzeile der Ärztezeitung am gestrigen Tag. Weiter hieß es: „Patienten erhalten deutlich häufiger eine medikamentöse Behandlung als eine Psychotherapie“. Als Quelle führte die Ärztezeitung den ausführlichen Bericht des Bremer Gesundheitsressorts zur Depression an. Nahezu ein Drittel der Menschen erkranken innerhalb eines Jahres an einer psychischen Störung. Der aktuelle Gesundheitsreport der Techniker-Krankenkasse untermauert diese Ergebnisse. Danach wurde - nur auf Erwerbspersonen bezogen - bei 22 % der Versicherten mindestens eine psychische Erkrankung im Jahr diagnostiziert. In 2008 haben die Gesundheitsakteure vor Ort auf diese alarmierenden Zahlen schon reagiert. In Bremen gründete sich auf Initiative der Psychotherapeutenkammer das Bremer Bündnis gegen Depression. In diesem Bündnis wirken seitdem zahlreiche Akteure aus dem Gesundheitswesen, aber auch Betroffene aktiv mit. Es ist eine Antwort darauf, dass Depressionen sich inzwischen zu einer der großen Volkskrankheiten entwickelt haben. Das Bündnis gegen Depression will durch Öffentlichkeitsarbeit, Aufklärung, Information und Fortbildung dazu beitragen, dass der Blick für depressive Erkrankungen geschärft wird, dass insbesondere früher diagnostiziert und schneller in eine adäquate Behandlung überführt wird. Denn nichts ist für die betroffenen Menschen schmerzlicher und für das Gesundheitswesen kostspieliger, als wenn eine gut behandelbare depressive Störung wegen Nicht- oder Fehlbehandlung chronifiziert wird. Diese Kampagne ist zugleich ein wichtiger Baustein in der Entwicklung präventiver Strategien. Ich wende mich an Ärztinnen und Ärzte, an Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten, aber auch an die anwesenden Vertreterinnen und Vertreter aus den verschiedenen Gesundheitssektoren: Wirken Sie bei diesem vorbildlichen Projekt mit, unterstützen Sie diese Arbeit mit Ihren spezifischen Kompetenzen und Ressourcen.

Glücklicherweise verfügt Bremen als Stadtstaat über eine deutlich bessere Versorgung von psychisch kranken Menschen als manche andere Region in Deutschland. Nach München, Köln und Berlin nimmt die Stadt Bremen im Verhältnis von Einwohner zu Psychotherapeuten die vierte Stelle im Vergleich der Großstädte ein.

Dennoch stellen wir Versorgungsengpässe fest. Einzelne Krankenkassen beklagen lange Wartezeiten für ihre Versicherten. Aus unserer Sicht zeigen sich die Engpässe vor allem bei bestimmten Störungsbildern oder Behandlungsansätzen.

Hier ist die Profession selbst gefordert, intelligente Modelle der Steuerung zu entwickeln, um mit gegebenen Ressourcen sich auf diese speziellen Problembereiche besser einstellen zu können. Allerdings konterkariert ein Abbau der vorhandenen Kapazitäten solche Bemühungen. Und ohne strukturelle Veränderungen wird es auch nicht gehen. Deshalb begrüßen wir sehr, dass der Gesetzgeber für die bessere psychotherapeutische Versorgung von Kindern und Jugendlichen eine Mindestquote von 20 Prozent für ausschließlich Kinder- und Jugendlichenpsychotherapie erbringende Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten im Rahmen der Bedarfsplanung beschlossen hat. Hier erwarten wir insbesondere für Bremerhaven eine deutliche qualitative Veränderung.

Meine Damen und Herren,

Sie sehen, das Jahr 2009 stellt uns erneut vor manche Herausforderung. Ich vertraue sehr auf das ausgeprägte kooperative Klima in unserem kleinen Land. Dies ist ein hohes Gut, dass wir weiterhin zum Wohle der Menschen in unserem Land, aber auch zur Erhöhung der Berufszufriedenheit unserer Mitglieder nutzen sollten.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen ein gutes und erfolgreiches Neues Jahr. Lassen Sie es sich gut gehen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.